

ANFRAGE von Jörg Kündig (FDP, Gossau), Katharina Kull-Benz (FDP, Zollikon) und Martin Farner (FDP, Oberstammheim)

betreffend Gesetz über die Organisation des Regierungsrates bzw Rolle des Kantons Zürich gegenüber Bern

Gemäss Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Kantonalen Verwaltung (OGRR) ist der Regierungsrat beauftragt, den Kanton Zürich gegen aussen zu vertreten. Im gleichen Gesetz steht auch, dass er zuständig sei für den Vollzug übergeordneten Rechtes.

Verschiedene Entwicklungen in der jüngsten Vergangenheit lassen den Eindruck entstehen, dass dem Vollzug der Bundesvorgaben deutlich mehr Gewicht zugemessen wird als der Vertretung des Kantons Zürich. In den Fällen wie beispielsweise Biometrische Pässe, Vormundschaftskreise uam. ist nicht klar, ob und wie sich der Kanton Zürich in den Entstehungsprozess der entsprechenden Vorgaben eingebracht hat resp. ob und wie er dabei die Anliegen des Kantons, insbesondere der Gemeinden, vertreten hat. Wohl nicht zuletzt diese Tatsache führte zur Aussage im Gemeindebericht 2009, wonach «die Zürcher Gemeinden bei Reformvorhaben mit der Unterstützung durch den Kanton mehrheitlich nicht zufrieden sind».

48/2010

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie verlaufen die Prozesse auf Bundesebene bei der Entscheidungsfindung zu neuen Gesetzesvorlagen?
2. Wie kann der Regierungsrat des Kantons Zürich sich einbringen und wie nutzt er seine Mitsprachemöglichkeiten?
3. Falls seitens des Gesetzgebers auf Bundesebene tatsächlich eine Mitsprache aller staatlichen Ebenen angestrebt wird, hätte das Konsequenzen auf die für die erforderlichen Verfahren zu verwendende Zeit. Vernehmlassungen erst in der Umsetzungsphase von einzelnen Gesetzen lassen keine grundsätzlichen Einflussnahmen zu und vorkommen zur Alibiübung. Welche Massnahmen sind aus Sicht des Regierungsrates vorgesehen, um hier eine Verbesserung zu erreichen?
4. Sieht der Regierungsrat Anpassungsbedarf beim OGRR um dem Auftrag, die Anliegen seiner unterstellten Staatsebenen und der Bevölkerung besser auch gegenüber den übergeordneten Instanzen vertreten zu können?

Jörg Kündig
Katharina Kull-Benz
Martin Farner